

Ein solcher offener Kreis könnte, sofern dort ein Konsens erzielt wird, wirkungsvolle Empfehlungen für den Rat erarbeiten. In jedem Fall wäre für alle transparent, was für oder gegen ein konkretes Projekt spricht. In Reinstorf geht das doch auch.

Bebauungsplan Kinderkrippe
Der Entwurf des Plan war öffentlich ausgelegt worden. Es gab dazu Stellungnahmen des Landkreises, der Polizei, des Katasteramtes, des Gewerbeaufsichtsamtes, von E.ON, Kabel Deutschland und der Telekom mit Anregungen und Hinweisen. Der Rat beschloss die Kenntnisnahme und Berücksichtigung der Hinweise.

Die SPD-Fraktion wies erneut darauf hin, dass bei der Randbepflanzung keine Büsche und Stauden verwandt werden dürfen, die eine wie auch immer geartete Gefahr für Kinder zur Folge haben könnten. Der Gemeindedirektor sagte zu, darauf zu achten.

Im Bebauungsplan bleibt vorgesehen, dass ein alter, riesen großer Walnussbaum erhalten bleibt. Der ist so dicht, dass sich unter ihm eine sumpfige Fläche entwickelte. Es muss viel Altholz ausgeschnitten werden, weil unter ihm der Kleinkinderspielplatz sein soll.

Frohe Weihnacht und ein erfolgreiches Neues Jahr

Quo vadis Barendorf ?
05.12.2012

Dazu wird eine Fachfirma beauftragt werden. Er muss zurückgeschnitten werden, damit das Sumpfloch verschwindet. Besonders sinnvoll erscheint uns das nicht. Die SPD-Fraktion wäre dafür gewesen, den Baum zu entfernen. Das hätte wieder der der Umwelt noch dem Dorf Bild geschadet. Es hätte für die Bauplanung mehr Platz gegeben.

Für uns, die SPD-Fraktion im Gemeinderat, geht ein schweres Jahr zu Ende. Wir bedanken uns bei allen, die uns begleiteten. Vor allem bei allen, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen und uns immer wieder Mut und uns gemacht.

Allen Bürgerinnen und Bürgern in Barendorf wünschen wir eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gesundes Neues Jahr.

Ihre SPD-Fraktion:
Ralf Ballay Friedrich Decker
Bernd Hein Regina Wollschläger
Siegfried Kubiak

Der Gemeinderat Barendorf verfügt über keine vertrauenswürdigen Unterlagen über die Finanzsituation der Gemeinde. Seit 2009 gibt es keine abgeschlossenen Jahresabschlüsse mehr. Das Rechnungsprüfungsamt käme angeblich nicht nach.

Die SPD-Fraktion drängte seit Anfang 2012 darauf, dass wenigstens die vorläufigen Jahresabschlüsse vorgelegt werden. Am 9.7.2012 wurden erstmals Zahlen geliefert. Die sind nicht stimmig. Bis heute fordert die SPD-Fraktion vergeblich, folgende Differenzen aufzuklären.

In der Gesamtfinanzrechnung 2009 geht es los. Da gab es zu Beginn des Jahres ein Guthaben von 1.951.173,16 €. In diesem Jahr wurden 238.987,80 € mehr ausgegeben als eingenommen.

Unterstellt, die Ausgangszahl ist zutreffend, hätte noch ein Guthaben von **+1.712.185,36 €** übrig sein müssen. Stattdessen wurden Schulden in Höhe von -237.880,85 € ins nächste Jahr übertragen. Es ist völlig unklar, wo dieser Wert herkommt.

In 2010 ergab die Addition von minus 1.203.772,97 € und minus 237.880,85 € die Summe von minus 1.192.979,00 €. Abgesehen davon, dass die Ausgangszahl falsch war, wurde nochmals falsch zusammengezählt.

Im Haushalt 2012, der gegen die Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen worden war, wurde das falsch gerechnete Ergebnis aus dem Jahre 2009 als Ergebnis aus 2010 ausgewiesen.



In der Vorlage des Haushalts für 2013 wurde das falsche Ergebnis von 2010 als Ergebnis 2011 ausgewiesen. Die SPD-Fraktion reklamierte erneut vergeblich, dass die Vorlage nicht stimmt und dass sie endlich wissen will, wo die 1,7 Millionen aus 2009 geblieben sind.

In der Ratssitzung am 3.12.2012 blieb folglich nichts anderes übrig, als dieses Durcheinander in der Buchhaltung öffentlich anzusprechen. **Die Antwort des Gemeinderektors: Es stimmt, die Zahlen sind falsch. Es gibt einen Software-Fehler.** Mit der Software-Firma sei bereits gesprochen worden. Mit dem Fehler müsse das Rechnungsprüfungsamt leben genauso wie die Verwaltung und der Gemeinderat.

So geht das **nicht**!

Die SPD-Fraktion beantragte, die Beratung des Haushalts 2013 zu vertagen, bis eine Klärung erfolgt ist, zumindest bis der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes vorliegt. Damit hätten wir zumindest Gewissheit, dass die Buchhaltung als solche stimmt. Vielleicht gibt es da ja auch einen weiteren Software-Fehler, von dem wir nichts wissen und über den der Gemeindedirektor und Kämmerer den Rat genauso wenig informiert, wie er jahrelang den jetzt behaupteten Software-Fehler verschwiegen hat.

In der Ratssitzung stellte sich heraus, dass in der Buchhaltung eines abgeschlossenen Rechnungsjahres Korrekturbuchungen ohne Information an den Rat vorgenommen wurden. Angeblich auf Veranlassung der Prüfer des Landkreises. Das halten wir für unzulässig.

Nun könnte jemand meinen, das sei alles Formalismus. Mit Nichten! Dem Rat wurde bei der Vorlage des Haushaltes für 2012 erklärt, dass der Haushalt nicht ausgeglichen werden kann. Es fehlten 23.700,00 €. Es gäbe keine Rücklagen zum Ausgleichen. Folglich müsse ein Haushaltssanierungskonzept beschlossen werden. Erinnern sie sich? Zur Sanierung erfolgte die Erhöhung der Grundsteuer B und vor wenigen Wochen die Schließung des Kinderspielkreises.

Im Haushaltplan 2013 fehlen 55.600,00 €. Der Fehlbetrag, der doppelt so hoch ist als der im letzten Jahr, könne jetzt aber aus Überschüssen aus den Jahren 2009 bis 2011 (!) ausgeglichen werden, so der Gemeindedirektor, Rainer Sievers. Auch das Jahr 2012 werde mit einem Überschuss abschließen, sagte er.

Ein Schelm der denkt, in 2012 würden Rücklagen verschwiegen, damit man die Steuererhöhung und die Schließung des Kinderspielkreises begründen konnte.

Es ist rundweg unbegreiflich, dass dem Antrag der SPD-Fraktion auf Vertagung und Klärung nicht zugestimmt wurde. Stattdessen wurden wir beschimpft als „Verweigerer bei der Gestaltung der künftigen Entwicklung“. Der Haushalt 2013 wurde gegen die fünf Stimmen der SPD-Fraktion von den Mehrheitsfraktionen mit sieben Stimmen und einer Stimmabstaltung verabschiedet.

Bürgerbefragung Ortsumgehung

Das Land Niedersachsen fragte an, ob für Barendorf eine Ortsumgehung in den niedersächsischen Vorschlag für den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden soll.

Dazu wurde gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei einer Stimmabstaltung mit Mehrheit beschlossen, dass am 20.1.2013 eine Bürgerbefragung durchgeführt wird.

Warum war die SPD-Fraktion dagegen? Wir denken, die Bürgerbefragung soll für die Mehrheitsfraktionen nur eine Ausrede produzieren. Die Anfrage stürzt die Mehrheitsfraktionen nämlich in ein Dilemma. Eine Umgehungsstraße würde Waldgebiete kosten. Aber die Verkehrsbelastung der Anwohner an der B 216 könnte damit beseitigt werden.

Wenn die Mehrheitsfraktionen jetzt für die Ortsumgehung wären, dann würden sie dafür Wald im Süden oder Norden opfern müssen.

Außerdem würden ihre Vollmündigen Forderungen zur Verbannung des durchfahrenden Schwerlastverkehrs auf der B 216 ins Rutschen geraten. Belastet sie doch schon, dass sie die bereits eingereichte Klage zur Durchsetzung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h vorschnell zurückgenommen haben.

Die Bürgerbefragung ist eine Alibi-Veranstaltung. Die Behauptung, erstmals in der Geschichte Barendorfs könnten damit Bürger Einfluss auf die Ratsentscheidung nehmen ist nichts als Propaganda.

Sie müssen wissen, die Aufnahme in die Vorschlagsliste bedeutet nicht, dass die Ortsumgehung in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird. Da gibt es wichtigere Straßenvorhaben. Wenn doch, dann wäre völlig ungewiss, ob sie jemals gebaut wird. Auf keinen Fall in den nächsten 10 Jahren. Die LKW sind aber schon da.

Anstelle einer Bürgerbefragung trat die SPD-Fraktion dafür ein, dass über eine Ortsumgehung in einer Bürgerversammlung diskutiert wird. Wir könnten uns sogar vorstellen, dass für einzelne Diskussionsrunde ohne Ratsmitglieder gebildet wird, an der jede Bürgerin und jeder Bürger teilnehmen kann. Das wäre aber erst dann sinnvoll, wenn es um eine konkrete Planung geht.